

17. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

24./25. November 2001, Rostock, Stadthalle

Grüne

Beschluss: Nukleare Risiken reduzieren

5 Bündnis 90/DIE GRÜNEN sowie die Umwelt- und Anti-Atom-Bewegung haben immer darauf hingewiesen, dass Atomkraftwerke und Zwischenlager nur unzureichend gegen Flugzeugabstürze gesichert sind. Nach den Terroranschlägen vom 11.09.2001 kann das Szenario eines Flugzeugabsturzes auf ein Atomkraftwerk nicht mehr als vernachlässigbares Restrisiko abgetan werden. Eine terroristische Gefährdung der Atomkraftwerke erscheint real. Bündnis 90/DIE GRÜNEN sehen sich in ihrer Kritik an der Unverantwortbarkeit der Atomenergienutzung bestätigt. Größtmögliche Sicherheit kann nur der Ausstieg aus der Atomenergienutzung schaffen.

10 Bündnis 90/DIE GRÜNEN begrüßen, dass der Bundesumweltminister unmittelbar nach den Anschlägen in den USA eine Sicherheitsüberprüfung aller deutschen Atomanlagen eingeleitet hat, die ihre potenzielle Gefährdung durch Anschläge zum Gegenstand hat. Eine vorläufige Bewertung der Reaktorsicherheitskommission lässt den Schluss zu, dass die Atomkraftwerke keinen ausreichenden Schutz gegen einen gezielten terroristischen Angriff mit großen Verkehrsflugzeugen bieten.

15 Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern daher, dass eine erhöhte Sicherheit gegen Terroranschläge durch den Wegfall von Anlagenstandorten erreicht wird. Die Anzahl der zur Zeit 19 Atomkraftwerke an 14 Standorten muss verringert werden.

20 Bündnis 90/DIE GRÜNEN schlagen vor, Atomkraftwerke, die z.B. nahe an Ballungszentren bzw. Flughäfen liegen oder älterer Bauart sind, schneller als geplant abzuschalten. Diese Maßnahmen würden zu einer erhöhten Sicherheit beitragen. Aus Sicht von Bündnis 90/DIE GRÜNEN müssen schnellstmöglich die AKWs Biblis A, Biblis B, Brunsbüttel, Isar 1, Krümmel, Neckarwestheim 1, Obrigheim, Philippsburg 1, Stade und Unterweser abgeschaltet werden.

25 Aus Sicht von Bündnis 90/DIE GRÜNEN muss für die Atomkraftwerke sowie für die bestehenden Atommüllzwischenlager in Ahaus, Gorleben und Lubmin ebenso wie für die geplanten dezentralen Zwischenlager und Interimslager eine Neubewertung der Risiken aufgrund der Terroranschläge erfolgen. Darüber hinaus müssen Gefährdungsprognosen für weitere nukleare Anlagen erstellt werden. Dieses betrifft insbesondere die Forschungsreaktoren und die Urananreicherungsanlage in Gronau.

